



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 05.12.2012, 17:10 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan (Vorl. Nrn. 510/12 bis 584/12 sowie 572/11) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 445/12
--------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisiert Stadträtin **Moersch** das Verhalten von OBM Spec in der gestrigen Sitzung des Gemeinderates. Er habe einigen Stadträten im Rahmen der Beratung zu einer Erhöhung der Gewerbesteuer Verantwortungslosigkeit und Polemik unterstellt.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) schildert die grundlegenden Ergebnisse der Beratung in der Sitzung des Gemeinderates am 04.12.2012. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung habe das Gremium entschieden, dass die Hebesätze der Grundsteuer A und B auf 375 v.H. erhöht werden solle. Dadurch würde sich das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes verschlechtern. Außerdem werde der Vermögenshaushalt durch zusätzliche Maßnahmen zusätzlich belastet. Weiter geht er kurz auf die 76 Anträge ein, die von den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sowie den Einzelstadträtinnen und -räten zum Haushaltsplan 2013 und der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012 bis 2016 gestellt worden seien. Nach der gestrigen Beratung der Anträge, die den Verwaltungshaushalt betreffen, würde heute die Beratung der den Vermögenshaushalt betreffenden Positionen erfolgen.

Alle bereits im Fahrplan ausgewiesenen und in der Sitzung angesprochenen Veränderungen im Vermögenshaushalt werden im Verlauf der Beratung von Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 1.1	ANLAGE Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016	Vorl.Nr. 446/12
----------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beschluss:

1a. keine Beratung und Abstimmung

1b. keine Beratung und Abstimmung

2. Über die bereits im Stellenplan 2013 beantragte Stelle hinaus, wird eine zusätzliche Stelle im Bereich Hochbau, Team Bau (Architektin / Architekt), genehmigt. Mit den zusätzlichen Personalressourcen wird Kapazität für höhere Planungstiefe geschaffen, um mehr Sicherheit für Entscheidungen von Bauinvestitionen zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) legt dar, dass zusätzlich zu den vorliegenden Haushaltsanträgen die Vorl. Nr. 601/12 beraten werden müsse. Da der Stellenplan Bestandteil des Haushaltes sei, müsse heute über die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 601/12 abgestimmt werden.

BM **Schmid** erinnert daran, dass der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt der Vorl. Nr. 391/12 bereits in der Sitzung am 08.11.2012 zugestimmt habe. Aufgrund der Komplexität und des Umfangs der Bauvorhaben sei entsprechendes zusätzliches Personal erforderlich. In der heutigen Sitzung solle lediglich über die Ziff. 2 des Beschlussvorschlages abgestimmt werden. Die Ziffern 1a sowie 1b der Vorl. Nr. 601/12 würden im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werden.

Stadtrat **Noz** spricht sich für seine Fraktion dafür aus, den Bedarf mit Externen abzudecken.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt, dass seine Fraktion weiterhin hinter der Aufstockung stehe. Er gehe davon aus, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft auch in den kommenden Jahren gut ausgelastet sein werde.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Ansicht, dass der Personalbedarf besser durch Mitarbeiter mit befristeten Verträgen oder externe Büros abgedeckt werden solle.

Stadtrat **Gericke** und seine Fraktion könnten den Vorschlag zur Erhöhung des Personals beim FB

Hochbau und Gebäudewirtschaft unterstützen. Außerdem hoffe er, dass die Ausgaben geringer sein werden als bei der Beauftragung von externen Büros.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, dass dem Vorbericht zum Finanzplan mit Investitionsprogramm 2013-2016 zu entnehmen sei, dass die Bauausgaben in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen würden. Deshalb empfehle er, den Bedarf mit befristeten Verträgen oder externen Büros abzudecken.

Herr **Kiedaisch** entgegnet, dass in dem Finanzplan mit Investitionsprogramm nur Vorhaben enthalten seien, die bereits konkret geplant seien. So seien Investitionen wie z. B. die Friedrich-von-Keller-Schule oder das Goethe-Gymnasium noch nicht darin enthalten. Aufgrund der Altersstruktur innerhalb des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft könne bei ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Einzelfall geprüft werden, ob eine Wiederbesetzung erforderlich sei.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt den Standpunkt, dass viele der Probleme beim Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft mit einer Personalaufstockung gelöst werden könnten. Außerdem habe der Fachbereich, z. B. aufgrund der anstehenden Sanierung von Schulgebäuden in den kommenden Jahren genügend Aufgaben.

OBM **Spec** bemerkt, dass die mittelfristige Investitionsplanung Planungsmittel in erheblicher Höhe enthalte. Um frühzeitige Kostensicherheit zu erhalten, sei zusätzliches Personal erforderlich.

Stadtrat **Herrmann** ist der Ansicht, dass für das neue vom Gemeinderat beschlossene Verfahren zusätzliches Personal erforderlich sei. Er könne der zusätzlichen Stelle zustimmen unter der Voraussetzung, dass, wie von Herrn Kiedaisch vorgeschlagen, bei frei werdenden Stellen im Einzelfall der Zeitpunkt der Wiederbesetzung geprüft werde.

OBM **Spec** sagt zu, dass so verfahren werden könne.

Stadtrat **Dr. Heer** bittet um eine nochmalige Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung. Er schlägt vor, dass die zweite zusätzliche Stelle lediglich befristet besetzt oder an Externe vergeben werden solle.

OBM **Spec** wendet ein, dass aufgrund des Stellenplans in dieser Sitzung eine Entscheidung getroffen werden müsse. In der jetzigen Situation sei es sehr schwierig, für einen befristeten Vertrag qualifiziertes Personal zu finden.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft in der Vergangenheit viele Aufgaben unter erheblichem Zeitdruck erledigen musste. Darüber hinaus unterstreicht sie, dass der Fachbereich auch viele Aufgaben für Bauvorhaben der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH erfüllen müsse.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Ziff. 2 der Vorl. Nr. 601/12 abstimmen.

TOP 1.1.2

Maßnahmen zur verbesserten Entscheidungsgrundlage von Hochbauprojekten Zusätzliche Personalkapazitäten im Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft

Vorl.Nr. 391/12

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.1.

Protokollauszug Gemeinderat 05.12.2012

Antragstext:

Wir beantragen, die nachfolgenden Haushaltskürzungen je einzeln zu beschließen:

1. *keine Beratung*
2. *keine Beratung*
3. Die Ausgabenansätze für sämtliche Neubauten im Bereich Hochbau ab 1,5 Mio. brutto und bei den Außenanlagen ab 300.000 € brutto, die im Jahre 2013 begonnen werden, werden pauschal um 10 % gekürzt/gedeckelt. Einsparung ca. 1.000.000,-- €
- abgelehnt
4. *keine Beratung*
5. Der Ausgabenansatz für Planung und Baumaßnahmen am Bahnhof (Haushaltsstelle 2.7920.9490.) wird von 250.000 € auf 50.000 € gekürzt.
Die verbleibenden 50.000 € werden mit einem Sperrvermerk versehen 200.000,-- €
- keine Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Ziff. 3 des Antrags wird mit 16 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Beratungsverlauf:**Zu Ziffer 3:**

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) führt aus, dass folgende Baumaßnahmen von diesem Antrag betroffen seien:

- Gartenstraße 14
- Schlösslesfeldschule
- Gemeinschaftsschule Innenstadt

- Kindergarten Reichertshalde
- Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler

Die Gesamtkosten dieser Baumaßnahmen würden 19,7 Mio. betragen, so dass 10 % 1,97 Mio. Euro entsprechen würden. Bei diesen Maßnahmen seien keine Einsparungen möglich oder der Gemeinderat habe vorgeschlagenen Einsparoptionen nicht zugestimmt. Außerdem weist er darauf hin, dass alle Baumaßnahmen durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt bzw. den Gemeinderat beschlossen werden würden. Die vorgeschlagene Kürzung sei zudem schwer umzusetzen, da die Maßnahmen, die im Jahr 2013 begonnen werden sollen, fast fertig geplant seien.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass durch die zusätzlichen Stellen im FB Hochbau und Gebäudewirtschaft weniger „Angstzuschläge“ notwendig seien. Darüber hinaus habe der Gemeinderat ein neues Verfahren beschlossen, durch das die Gremien früher beteiligt werden könnten und während des gesamten Verfahrens Einsparvorschläge unterbreiten könnten.

OBM **Spec** betont, dass eine pauschale Kürzung der Ansätze für Neubauten im Bereich Hochbau sehr schwierig sei. Stattdessen schlage die Verwaltung vor, die Ansätze in der jetzigen Höhe beizubehalten und wenn möglich nicht voll auszuschöpfen.

Stadtrat **Gericke** ist der Ansicht, dass Kürzungen anhand konkreter Beispiele diskutiert werden sollten.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Ziff. 3 der Vorl. Nr. 528/12 abstimmen.

Zu Ziffer 5:

Die Anträge Vorl. Nr. 510/12, 522/12, 568/12 sowie die Ziff. 5 des Antrags Vorl. Nr. 528/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Die Fraktion der Freien Wähler erklärt die Ziff. 5 des Antrags Vorl. Nr. 528/12 durch die Erläuterung der Verwaltung für erledigt.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.33, Vorl. Nr. 510/12.

TOP 1.1.4

Keine weiteren Radaranlagen in Ludwigsburg - Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012

Vorl.Nr. 572/12

Antragstext:

Die beantragte Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlage Stuttgarter Strasse/Alleenstrasse für das nächste Jahr ist entbehrlich. Die dafür beantragten 140.000 Euro werden gestrichen.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 1100 – Sicherheit und Ordnung
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer: 9351.000 (Seite 16)

Betrag: 0 Euro weniger 140.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 2 Nein 33 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** begründet kurz ihren Antrag, Vorl. Nr. 572/12.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) erinnert daran, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales im März 2012 eine Konzeption für die Jahre 2012 bis 2014 beschlossen habe. Die vorgesehene Überwachungsanlage Stuttgarter Straße/Alleenstraße sei im Jahr 2013 dringend notwendig sei.

Stadtrat **Lettrari** hebt hervor, dass bei dieser Finanzposition nicht gespart werden könne. Weiter plädiert er dafür, dass die Verwaltung auf der Teilstrecke Schorndorfer Straße bis Berliner Platz/Fuchshofstraße häufiger Geschwindigkeitskontrollen durchführe.

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 572/12 auf.

TOP 1.1.5	Streckung der Mittel und der Maßnahmen für den Brandschutz	Vorl.Nr. 569/12
	- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012	

Antragstext:

Die bei der Verwaltung des Fachbereichs Bildung, Familie und Sport für die Schulen pauschal veranschlagten Mittel für Brandschutzmaßnahmen werden um 200.000 Euro reduziert. Dafür wird die hier veranschlagte Verpflichtungsermächtigung für diese Zwecke um den gleichen Betrag erhöht.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 2000 – Verwaltung des FB Bildung, Familie, Sport (Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9450.000 (Seite 20)

Betrag: 600.000 Euro weniger 200.000 Euro

VE: 450.000 Euro mehr 200.000 Euro

Beratungsverlauf:

Im Rahmen der Aussprache erklärt Stadträtin **Lange**, dass sie den Antrag Vorl. Nr. 569/12 zurückziehe und sich dem interfraktionellen Antrag, Vorl. Nr. 584/12, anschließen werde.

Antragstext:

Die in Haushaltsposition 200000029450 Brandschutzprogramm mit 800.000 Euro, und in den Folgejahren mit 400.000 Euro, 600.000 Euro und 600.000 Euro aufgeführten Maßnahmen werden durch einen externen Brandschutzgutachter auf deren Notwendigkeit hin überprüft.

Weiterhin werden die veranschlagten Mittel auf die einzelnen Projekte aufgeschlüsselt dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schüler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 28 Nein 5 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) legt dar, dass die einzelnen veranschlagten Maßnahmen aufgrund von Brandschutzbestimmungen notwendig seien.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt, dass bereits seit dem Jahr 2008 entsprechende Maßnahmen im Rahmen eines Stufenprogramms umgesetzt werden würden. Die Maßnahmen des Brandschutzprogramms würden meist mit Generalsanierungen der Gebäude verbunden. Er sehe bei diesem Haushaltsansatz keinen Spielraum.

Stadtrat **Herrmann** begründet kurz den interfraktionellen Antrag, der darauf abziele, lediglich zwingend notwendige Brandschutzmaßnahmen umzusetzen. Die Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen solle durch einen externen Brandschutzgutachter überprüft werden. Außerdem sollten in Zukunft die einzelnen Projekte des Brandschutzprogramms aufgelistet werden.

Sodann lässt OBM Spec über den Antrag Vorl. Nr. 584/12 abstimmen.

Antragstext:

Die für die Außenanlagen beim Mensa-Neubau der Schlösslesfeldschule und für die Sanierung der
Protokollauszug Gemeinderat 05.12.2012

Außenanlagen im Bereich der Bibliothekszeitungstelle veranschlagten 155.000 Euro werden bei den Mitteln gestrichen und in voller Höhe zu den Verpflichtungsermächtigungen verschoben.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 2110 – Grundschulen
(Vermögenshaushalt)
Gruppierungsnummer 9410.670 (Seite 24)
Betrag: 0 Euro weniger 155.000 Euro
VE: 470.000 Euro mehr 155.000 Euro

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) führt zu diesem Antrag aus, dass sich die gesamte Baumaßnahme aufgrund der schlechten Ergebnisse der Ausschreibungen verzögern werde.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass dadurch der vorgesehene Ansatz für die Außenanlagen im Haushaltsplan 2013 auf 100.000 Euro reduziert werden könne. Die Haushaltsmittel für das Jahr 2014 würden dann von 315.000 Euro auf 370.000 Euro erhöht werden.

Stadträtin **Lange** erklärt den Antrag mit dieser Erläuterung für erledigt.

TOP 1.1.8 Sanierung/Neubau Friedrich von Keller Schule Vorl.Nr. 516/12
Neckarweihingen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012

Antragstext:

Für das Vorhaben Sanierung/Neubau der Friedrich von Keller-Schule in Neckarweihingen ist eine Planungsrate über 100.000 EURO in den Haushalt aufzunehmen.

Nach Bericht der Verwaltung muss bis zum Jahr 2015 die brandschutztechnische Sanierung realisiert sein.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, dass im Änderungsverzeichnis zum Haushalt 2013 eine Planungsrate von 50.000 Euro enthalten sei. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft betrachte diese Mittel als auskömmlich.

Stadtrat **Dr. Bohn** gibt bekannt, dass der Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 516/12 damit erledigt sei.

Antragstext:

Die Stadtverwaltung prüft je nach lokalem Bedarf an U3-Krippenplätzen zusammen mit der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH, ob vorhandene Wohnungen zur Einrichtung von U3-Gruppen kurzfristig bereitgestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 29 Nein 5 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Moersch** legt dar, dass ihre Fraktion der Meinung sei, dass die für den Ausbau der U3-Betreuung vorgesehenen Haushaltsmittel besser genutzt werden könnten. Die finanziellen Mittel sollten besser und zielgerichteter genutzt werden. Durch den Antrag könnten flexibler, schneller und effektiver Räume für die U3-Betreuung geschaffen werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist darauf hin, dass durch eine Betreuung in kleineren Räumen auch mehr Personal benötigt werde. Seine Fraktion schläge vor, den Antrag in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales und den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu verweisen, da dies ein kompliziertes Thema sei. Eventuell könne der Vorschlag auch in der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales diskutiert werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** spricht sich ebenfalls dafür aus, den Antrag in den zuständigen Ausschüssen zu beraten. Außerdem bemerkt sie, dass die vorrangige Aufgabe der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH die Schaffung von Wohnraum sei.

Stadtrat **Herrmann** ist der Meinung, dass die Wohnungsbau nachrangig auch Raum für die U3-Betreuung schaffen könne. Seine Fraktion könne dem Antrag der Freien Wähler-Fraktion mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat **Heer** bringt vor, dass die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH z. B. mit dem Scala bereits eine Neuausrichtung vorgenommen habe. Seine Fraktion vertrete den Standpunkt, dass die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH auch Plätze für die U3-Betreuung schaffen könne und werde dem Antrag der Freien Wähler zustimmen.

Stadtrat **Kirnbauer** erinnert daran, dass die Verwaltung vor einigen Jahren zugesagt habe, dass die Wohnungsbau, wenn sie in Neubaugebieten Wohnraum schaffe, auch multifunktionale Räume errichte.

EBM Seigfried berichtet, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ein klares Programm
Protokollauszug Gemeinderat 05.12.2012

mit Gruppenumwandlungen, Erweiterungen und Neubauten von Einrichtungen sowie der Schaffung von Kindertagesstätten beschlossen habe. Weiter bringt er vor, dass für die Schaffung von U3-Plätzen auch Personal und finanzielle Mittel erforderlich seien.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion und stellt klar, dass es sich bei diesem Antrag lediglich um einen Prüfauftrag handle.

OBM **Spec** sagt zu, dass die Verwaltung über das Ergebnis dieser Prüfung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sowie bei Bedarf eventuell auch im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten werde.

Anschließend lässt OBM **Spec** über den Antrag Vorl. Nr. 532/12 abstimmen.

TOP 1.1.10**Außenanlagen des Kindergartens Jägerstraße
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012****Vorl.Nr. 567/12****Antragstext:**

Die zur Neu- und Umgestaltung von Außenanlagen beim Kindergarten Jägerstrasse insgesamt vorgesehenen Gelder von 70.000 Euro werden auf 20.000 Euro reduziert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 4641 – Förderung von nichtstädtischen
Kindergärten und Ganztageseinrichtungen für Kinder
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9540.000 (Seite 51)

Betrag: 20.000 Euro weniger 50.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 2 Nein 31 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) macht klar, dass eine Reduzierung dieses Ansatzes nicht möglich sei. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass Spielgeräte im Freien auch bei dieser Finanzposition enthalten seien.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 567/12 abstimmen.

Antragstext:

Die zur Neu- und Umgestaltung von Außenanlagen beim Kindergarten Lange Strasse in den Bäderwiesen vorgesehenen Gelder von 100.000 Euro werden gestrichen.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 4641 – Förderung von nichtstädtischen Kindergärten und Ganztageseinrichtungen für Kinder (Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9410.670 (Seite 52)

Betrag: 0 Euro weniger 100.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
 Stadtrat Haag (krank)
 Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 3 Nein 28 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) führt zu diesem Antrag aus, dass bei dieser Finanzposition kein Einsparpotenzial bestehe.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 565/12 abstimmen.

Antragstext:

Die zur Neu- und Umgestaltung von Außenanlagen beim Kindergarten in der Rudolph Greiner Strasse vorgesehenen Gelder von 90.000 Euro werden um 40.000 Euro verringert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 4641 – Förderung von nichtstädtischen Kindergärten und Ganztageseinrichtungen für Kinder

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 1 Nein 34 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert, dass die Zuschüsse entsprechend der Richtlinien ausgezahlt werden würden und im Jahr 2013 erforderlich seien.

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den Antrag Vorl. Nr. 580/12 auf.

TOP 1.1.14 **Einstellung der Planungsrate für den Neubau der** **Vorl.Nr. 530/12**
Sporthalle Oststadtschule
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.11.2012

Antragstext:

Für die Sporthalle der Oststadtschule wird eine Planungsrate in Höhe von 50.000,-- € in den Haushaltsplan 2013 aufgenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) schildert, dass eine Mehrfachbeauftragung im Jahr 2013 vorgesehen sei. Im Jahr 2013 seien Planungsmittel für einen Wettbewerb in Höhe von 100.000 Euro vorgesehen.

OBM **Spec** bestätigt, dass ausreichend Planungsmittel im Haushalt enthalten seien. Noch im Jahr 2012 werde eine Vorlage zu diesem Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) legt dar, dass derzeit noch 100.000 Euro für die Sporthalle Oststadtschule zur Verfügung stehen würden. Diese Mittel würden in das Jahr 2013 übertragen werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 530/12, ist damit erledigt.

TOP 1.1.15 **Sanierung der Mehrzweckhalle Obweil** **Vorl.Nr. 578/12**
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012

Antragstext:

Für anstehende Sanierungsarbeiten bei der Mehrzweckhalle Obweil werden im Haushaltsjahr 2013 100.000 Euro bereit gestellt.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 5610 – Sportstätten
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9450.000 (Seite 57)

Betrag: 100.000 Euro mehr 100.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
 Stadtrat Haag (krank)
 Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
 Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 1 Nein 30 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) legt dar, dass im Verwaltungshaushalt unter dem Sammelnachweis Gebäudeunterhaltung Mittel für notwendige Sanierungs- und Renovierungsarbeiten enthalten seien.

Stadträtin **Lange** schildert, dass die Stadtverwaltung seit Jahren verspreche, die Mehrzweckhalle zu renovieren oder einen Neubau durchzuführen.

OBM **Spec** erinnert daran, dass der Gemeinderat eine Prioritätenliste für Renovierungen/Neubauten von Hallen festgelegt habe.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 578/12 abstimmen.

TOP 1.1.16**Sperrvermerk bei energetischer Gebäudesanierung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012****Vorl.Nr. 512/12****Antragstext:**

Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung Haushaltsposition 60110002 Pos 9440 mit einer Höhe von 255.000 Euro für das Jahr 2013 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Mittel werden erst dann freigegeben, wenn ein Nachweis erbracht wird, dass eine Amortisation für das eingesetzte Kapital stattfindet.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) schildert, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft gemeinsam mit dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung derzeit eine Untersuchung zu dieser Thematik durchführe und die Ergebnisse in den gemeinderätlichen Gremien vorstellen werde. Deshalb sei ein Sperrvermerk nicht erforderlich.

Stadtrat **Noz** stellt klar, dass der Antrag seiner Fraktion mit dieser Zusage erledigt sei.

TOP 1.1.17

**2. Bauabschnitt Eberhardstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 517/12

Antragstext:

Der 2. Bauabschnitt Eberhardstraße wird zeitnah in Angriff genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird gemeinsam mit dem Antrag Vorl. Nr. 531/12 abgestimmt.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 28 Nein 7 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die beiden Anträge Vorl. Nr. 517/12 und 531/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, dass die Gesamtkosten bei 850.000 Euro liegen würden. Nach Aussage des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen könnten allerdings im Jahr 2013 maximal Maßnahmen über 250.000 Euro umgesetzt werden. Die weiteren Baumaßnahmen müssten im Jahr 2014 erfolgen.

Stadtrat **Gericke** erklärt, dass seine Fraktion die beiden Anträge ablehnen werde, da zunächst weitere Diskussionen bezüglich der Erweiterung der Fußgängerzone geführt werden müssten. Ein zukunftsfähiges Konzept sei erforderlich.

OBM **Spec** entgegnet, dass die Verwaltung eine Vorlage mit mehreren Alternativen ausarbeiten werde.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass die Lindenstraße schon seit sehr langer Zeit saniert werden müsse. Sie wünsche sich ein Gesamtkonzept für den kompletten Bereich.

Stadtrat **Gericke** schließt sich seiner Vorrednerin an. Er ist auch der Meinung, dass die Sanierung der Lindenstraße vorgezogen werden solle.

OBM **Spec** erinnert daran, dass die Baumaßnahme Eberhardstraße aufgrund des Stadtmuseums vorgezogen worden sei.

Stadtrat **Heer** hält es für richtig, dass die Eberhardstraße vorgezogen worden sei, obwohl es schade sei, dass dadurch die Baumaßnahme erst später realisiert werden könne. Seine Fraktion werde den beiden Anträgen zustimmen.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Anträge Vorl. Nr. 517/12 sowie 531/12 gemeinsam abstimmen.

TOP 1.1.18

Durchführung des 2. Bauabschnittes der Eberhardstraße / des Zwischenplatzes - Antrag der FW-Fraktion

Vorl.Nr. 531/12

Antragstext:

Zur Realisierung des 2. Bauabschnittes der Eberhardstraße und der Neuanlegung des Kirchenplatzes der katholischen Kirche wird eine Baurate in Höhe von 250.000,-- € in den Haushaltsplan 2013 aufgenommen.

In den Finanzplan für 2014 wird die voraussichtliche Restausbausumme in Höhe von ca. 600.000,-- € aufgenommen, so dass eine Verpflichtungsermächtigung beschlossen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird gemeinsam mit dem Antrag Vorl. Nr. 517/12 abgestimmt.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 28 Nein 7 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 517/12 sowie Vorl. Nr. 531/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam

zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.18.

TOP 1.1.19

**Außenanlagen des neuen Familienzentrums in
Grünbühl-Sonnenberg
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 564/12

Antragstext:

Der Haushaltsansatz für die Außenanlagen des neuen Familienzentrums in Grünbühl/Sonnenberg für das Haushaltsjahr 2013 wird gestrichen.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 6158 – Sanierungsgebiet
Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe
(Vermögenshaushalt)

9410.670 (Seite 73)

Gruppierungsnummer

Betrag: 0 Euro weniger 181.800 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

Ja 1 Nein 33 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr Kohler (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet, dass der Bau derzeit erfolge und die Maßnahme bereits vergeben worden sei. Deshalb könne bei diesem Haushaltsansatz nichts mehr geändert werden.

Sodann lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 564/12 abstimmen.

TOP 1.1.20

**Radwege-Querung an der Stern Kreuzung
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 523/12

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet, dass die Verwaltung beide Varianten vorstellen werde. Die oberirdische Querung könne im Jahr 2013 mit den im Radwegbudget veranschlagten Mitteln realisiert werden.

OBM **Spec** sagt daraufhin zu, dass die Verwaltung zu diesem Antrag im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal 2013 berichten werde.

TOP 1.1.21

Radwegkonzept

Vorl.Nr. 540/12

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Abweichender Antragstext:

Die Haushaltsstelle „Radwege im Stadtgebiet“ wird künftig ausschließlich für den Unterhalt und die Sanierung von bestehenden Radverkehrsanlagen sowie Kleinmaßnahmen wie Radabstellanlagen verwendet.

Für größere, in einem Radwegkonzept abgestimmte Investitionen ab der vom Land neu festgesetzten Fördergrenze von *in der Regel* 50.000 Euro werden eigene Haushaltsstellen im Vermögenshaushalt gebildet. Größere Investitionsmaßnahmen werden im INKAS abgebildet.

betroffene Finanzposition: 2.6300.964x.xxx

Betrag: vorerst haushaltsneutral

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins

Ja 28 Nein 6 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend begründet Stadtrat **Gericke** kurz den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 540/12.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) führt aus, dass bereits in der Vergangenheit große Einzelmaßnahmen des Radwegkonzeptes getrennt finanziert worden seien. Darüber hinaus könne nicht bei jeder Maßnahme, deren Kosten über 50.000 Euro liegen, mit einer Förderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gerechnet werden.

Stadtrat **Noz** legt dar, dass seine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen werde.

Gruppierungsnummer 5150.000 (Seite 178)

Betrag: 20.000 Euro weniger 10.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins

Ja 2 Nein 32 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert, dass die Anordnungen des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung als Verkehrsbehörde ausgeführt werden müssten. Ein Einsparpotenzial sei bei dieser Finanzposition nicht vorhanden.

Nachdem keine weitere Aussprache gewünscht wird, lässt OBM **Spec** über den Antrag Vorl. Nr. 581/12 abstimmen.

TOP 1.1.24

**Verkehrsbeschilderung bei den Landesstraßen
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 582/12

Antragstext:

Die Mittel für die Verkehrsbeschilderung bei den Landesstrassen werden von 10.000 Euro um 3.500 Euro auf 6.500 Euro gekürzt.

Betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 6650 – Landesstrassen
(Verwaltungshaushalt)

Gruppierungsnummer 5150.000 (Seite 182)

Betrag: 6.500 Euro weniger 3.500 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)

Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins

Ja 2 Nein 32 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) an die Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 1.1.23, Vorl. Nr. 582/12, erinnert, verzichtet das Gremium einmütig auf weiteren Sachvortrag und Aussprache.

Daraufhin ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 582/12 auf.

TOP 1.1.25 **Erhöhung des HH-Ansatzes für die Stadtbeleuchtung** **Vorl.Nr. 541/12**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012

Antragstext:

Der Betrag für den Ausbau / Erneuerung von Beleuchtungsanlagen wird auf das Niveau von 2011 angehoben.

betroffene Finanzposition: 6.7000.xxxx.xxx
Betrag: rd. 200.000 EUR

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) führt aus, dass der Im Haushaltsplanentwurf 2013 enthaltene Ansatz höher sei als der Ansatz des Jahres 2012

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass im Jahr 2011 aufgrund einer größeren Maßnahme im Tammer Feld mehr Haushaltsmittel zur Verfügung eingeplant worden seien. Da die Verwaltung derzeit nicht mehr leisten könne, könne der Ansatz aus seiner Sicht nicht erhöht werden.

Stadtrat **Gericke** bemerkt daraufhin, dass seine Fraktion nach diesen Ausführungen ihren Antrag zurückziehen müsse.

TOP 1.1.26 **Parkraumkonzeption Oststadt** **Vorl.Nr. 576/12**
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012

Antragstext:

Für das kommende Haushaltsjahr werden keine weiteren Haushaltsmittel für Baumaßnahmen für die Parkraumkonzeption Oststadt bewilligt.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 6800 – Parkplätze und Parkleitsystem
Protokollauszug Gemeinderat 05.12.2012

(Vermögenshaushalt)
Gruppierungsnummer 9610.000 (Seite 86)

Betrag: 0 Euro weniger 790.000 Euro

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert, dass dieser Antrag nicht umgesetzt werden könne, da der Gemeinderat die Umsetzung der Parkraumkonzeption Oststadt beschlossen habe.

Daraufhin zieht Stadträtin **Lange** ihren Antrag vom 21.11.2012, Vorl. Nr. 576/12, zurück.

TOP 1.1.27

**Wege und Grünflächen auf den Friedhöfen
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 583/12

Antragstext:

Für die Wege und Grünflächen auf den Friedhöfen werden die Mittel von 190.000 Euro um 70.000 Euro auf 120.000 Euro reduziert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 7500 – Bestattungswesen
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9560.000 (Seite 89)

Betrag: 120.000 Euro weniger 70.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins
Stadtrat Dr. Bohn
Stadträtin Kreiser

Ja 1 Nein 29 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) betont, dass die veranschlagten 190.000 Euro erforderlich seien. In letzter Zeit würden die Verwaltung häufig Beschwerden erreichen, da ein sehr großer Sanierungsbedarf bestehe.

Sodann lässt OBM **Spec** über den Antrag von Stadträtin Lange, Vol. Nr. 583/12, abstimmen.

Antragstext:

Der Haushaltsansatz für den Umbau von Feldwegen in Radwege wird auf 50.000 Euro halbiert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 7800 – Förderung der Land- und
Forstwirtschaft
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9640.000 (Seite 92)

Betrag: 50.000 Euro weniger 50.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins
Stadtrat Dr. Bohn
Stadträtin Kreiser

Ja 1 Nein 28 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium einmütig auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, ruft OBM Spec zur Abstimmung über den Antrag Vorl. Nr. 577/12 auf.

Antragstext:

Die beantragte Planrate zur Erweiterung der Schiffsanlegestelle in Hoheneck über 15.000 Euro wird gestrichen.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 7910 – Neckarschiffahrtsanlegestelle
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9610.000 (Seite 93)

Betrag: 0 Euro weniger 15.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins
Stadträtin Kreiser

Ja 3 Nein 26 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erklärt, dass es sich bei den veranschlagten Mittel um eine Planungsrate handle. Es werde eine Untersuchung bezüglich möglicher Veränderungen der Schifffanlegestelle durchgeführt. Nach der Machbarkeitsuntersuchung werde die Verwaltung in den zuständigen Gremien berichten.

Stadträtin **Lange** vertritt den Standpunkt, dass diese Mittel nicht notwendig seien.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, dass die Umweltverbände eine Erweiterung kritisch sehen würden. Deshalb würden Stadtrat Hillenbrand und sie dem Antrag von Stadträtin Lange zustimmen.

Stadträtin **Schneller** bestätigt die Aussage von Herrn Kohler. Die Anlegestelle sei insbesondere für anliegende Kreuzfahrtschiffe ungünstig.

Stadtrat **Noz** fügt hinzu, dass die Anlegestelle auch für die Feuerwehr wichtig sei um ihr Boot einzubringen.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 570/12 abstimmen.

TOP 1.1.30	Einsparung von 0,6 Mio. Euro beim Grunderwerb für Gewerbeflächen	Vorl.Nr. 551/12
	- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012	

Antragstext:

Die Haushaltsstelle 2.7911.9320.000 'Grunderwerb von Gewerbeflächen' wird um ca. 0,6 Mio € gekürzt.

betroffene Finanzposition: 2.7911.9320.000
Betrag: 600.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins

Ja 11 Nein 22 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Herr **Hornung** (FB Liegenschaften) erinnert an den Auftrag des Gemeinderats, aus der Kleingartenanlage an der Schlieffenstraße ein Gewerbegebiet zu entwickeln. Die veranschlagten Mittel seien für den Kauf der Kleingartenanlage vorgesehen.

Stadtrat **Heer** führt aus, dass sich seine Fraktion von Beginn an gegen die Ausweisung der Kleingartenanlage als Gewerbegebiet ausgesprochen habe. Außerdem halte er auch die Verlegung an den Römerhügel für nicht sinnvoll. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 551/12 abstimmen.

TOP 1.1.31 **Breitbandversorgung in Ludwigsburg** **Vorl.Nr. 514/12**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012

Beratungsverlauf:

Die Beratung dieses Antrags werde laut Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.1.32 **Buswartehäuschen Schorndorfer Tor** **Vorl.Nr. 524/12**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** sagt zu, dass die Verwaltung zu diesem Antrag im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten werde.

Antragstext:

Die Haushaltsposition 2.79200108 Bahnhof der Zukunft wird von 250.000 Euro um 200.000 Euro auf 50.000 Euro reduziert.

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 510/12, 522/12, 568/12 sowie die Ziff. 5 des Antrags Vorl. Nr. 528/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

BM **Schmid** stellt anhand einer Präsentation, siehe Anlage zur Niederschrift, die geplanten Maßnahmen des Haushaltsansatzes Bahnhof der Zukunft vor.

Stadtrat **Herrmann** kritisiert, dass die geplanten Maßnahmen erst jetzt vorgestellt werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** erwartet noch konkretere Informationen seitens der Verwaltung bezüglich der Aufgaben des „Bahnhofmanagers“ sowie den Baumaßnahmen am Bahnhof.

Stadtrat **Glasbrenner** wünscht sich ebenfalls weitere Informationen bezüglich der Gesamtmaßnahme „Bahnhof der Zukunft“.

Stadtrat **Gericke** ist der Meinung, dass eine Aufwertung des Bahnhofs dringend erforderlich sei. Deshalb könne er den Vorschlag der Verwaltung unterstützen. Allerdings sollten die verschiedenen Perspektiven auch dem Gemeinderat vorgestellt werden.

Stadtrat **Müller** stellt fest, dass die Anträge durch eine frühzeitigere Information seitens der Verwaltung hätten verhindert werden können. Den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich weiterer Informationen könne er unterstützen.

OBM **Spec** sagt zu, dass im Januar/Februar 2013 ein Bericht mit schriftlichen Informationen in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen werde. Die Verwaltung arbeite derzeit an der Aufstellung einer Gesamtkonzeption. Wenn konkrete Maßnahmen geplant seien, würde eine Beschlussvorlage erstellt werden.

Stadtrat **Herrmann** legt dar, dass der Haushaltsansatz von 250.000 Euro beibehalten werden könne, sofern der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt das Gesamtkonzept zur Umgestaltung des Bahnhofs beraten und beschließen werde.

OBM **Spec** sichert zu, dass der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 522/12, im Januar/Februar 2013 in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt beraten werde.

Stadtrat **Herrmann** erklärt den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 510/12, mit den Ausführungen der Verwaltung für erledigt.

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 510/12, 522/12, 568/12 sowie die Ziff. 5 des Antrags Vorl. Nr. 528/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

OBM Spec sagt einen Bericht zu diesem Antrag im Januar/Februar 2013 in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zu.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.33, Vorl. Nr. 510/12.

TOP 1.1.35**Bahnhof der Zukunft****Vorl.Nr. 568/12****- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Antragstext:

Die beantragten Gelder von 250.000 Euro für Planung und Bau eines sogenannten Bahnhofs der Zukunft werden bis auf einen Restbetrag von 50.000 Euro gestrichen.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 7920 – Förderung des öffentlichen
Personennahverkehrs
(Vermögenshaushalt)

Gruppierungsnummer 9490.000 (Seite 97)

Betrag: 50.000 Euro weniger 200.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Schübler (dienstlich verhindert)
Stadtrat Seybold (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadträtin Liepins

Ja 1 Nein 32 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 510/12, 522/12, 568/12 sowie die Ziff. 5 des Antrags Vorl. Nr. 528/12 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.33, Vorl. Nr. 510/12.

TOP 1.1.36 **Anpassung der Bahnsteighöhe von Gleis 2/3 im
Bahnhof an die Ein-/Ausstiegshöhe der S-Bahn
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 559/12

Beratungsverlauf:

Die Beratung dieses Antrags wird in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

TOP 1.1.37 **Umgestaltung des Ratskellergartens
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 579/12

Antragstext:

Die beantragten 40.000 Euro für die Umgestaltung des Ratskellergartens werden zurückgestellt, bis über die weitere Zukunft der Gaststätte Klarheit besteht. Dies gilt vor allem für einen wirtschaftlichen Betrieb der Gaststätte ohne öffentliche Zuschüsse.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 8420 – Gaststätten
(Vermögenshaushalt)
Gruppierungsnummer 9540.000 (Seite 101)

Betrag: 0 Euro weniger 40.000 Euro

Beratungsverlauf:

Herr Kohler (FB Tiefbau und Grünflächen) führt aus, dass die veranschlagten Mittel für verschiedene Erneuerungsarbeiten an der Mauer, der Treppenanlage und den Platten benötigt werden würden.

Daraufhin gibt Stadträtin Lange bekannt, dass sie ihren Antrag, Vorl. Nr. 579/12, zurückziehe.

TOP 1.1.38 **Infrastrukturrücklage
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 533/12

Antragstext:

Wir beantragen, dass die Infrastrukturrücklage wie bisher separat geführt und erhalten bleibt.

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) führt aus, dass eine separate Ausweisung möglich sei. Allerdings könne die Infrastrukturrücklage nicht in der jetzigen Höhe erhalten bleiben. Durch die geplanten

Entnahmen sinke die Rücklage auf 17 Mio. Euro im Jahr 2014, 11 Mio. Euro im Jahr 2015 sowie auf 10,4 Mio. Euro im Jahr 2016. Bei diesen Beträgen sei die schnellere Durchführung der Baumaßnahme Eberhardstraße, siehe Tagesordnungspunkte 1.1.17 und 1.1.18, noch nicht berücksichtigt. Die Verwaltung schlage vor, die Infrastrukturrücklage separat auszuweisen, aber mit den absinkenden Beträgen.

Die Fraktion der Freien Wähler ist damit einverstanden und erklärt ihren Antrag, Vorl. Nr. 533/12 für erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung bittet Stadtrat **Herrmann** darum, dass die Mitglieder des Gemeinderats möglichst zeitnah wieder eine Übersicht aller offenen Anträge und Anfragen erhalten.